

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Florian Köhler

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Dr. Stefan Ebner

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Stephanie Schuhknecht

Abg. Tobias Beck

Abg. Martina Fehlner

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Freiheit statt Zensur: Auflösung der sogenannten Bayern-Allianz (Drs. 19/7216)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Florian Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Digitalminister, sehr geehrte Damen und Herren! Letztes Jahr hat man im Bayerischen Landtag der AfD-Fraktionsvorsitzenden Ebner-Steiner das Mikro abgedreht, weil sie über Dönerbuden und Shisha-Bars gesprochen hat. Vorhin durfte die AfD nicht von "grüner Immobilien-Stasi" sprechen; da behält man sich einen Ordnungsruf vor. Wenn der SPD-Abgeordnete Scheuenstuhl aber die AfD-Fraktion als "braune Flaschen" bezeichnet, dann ist das in Ordnung und bleibt ohne Konsequenzen. Ich darf feststellen: Um die Meinungsfreiheit steht es in unserem Land nicht gut.

(Beifall bei der AfD)

Heute stehen wir hier als Verteidiger der Meinungsfreiheit gegen das größte Zensurkartell, das Bayern je gesehen hat: die sogenannte Bayern-Allianz des Herrn Dr. Fabian Mehring. Als Minister für Digitales erzählt er uns, dass er die Demokratie schützt, und in Wahrheit baut er ein Ministerium für Wahrheit. Orwell lässt grüßen.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sie fühlen sich getroffen, wenn es um Wahrheit geht!)

Schauen wir uns dieses Bündnis doch einmal genauer an: Es besteht aus Regierung, Tech-Giganten wie Google, Meta, Microsoft, IBM, TikTok, dem Bayerischen Rundfunk,

dem DGB, der Diakonie und wer weiß welchen linken Vereinen noch. Es ist ein perfektes Kartell, das definieren will, was Desinformation ist.

Und was ist das? – Alles, was nicht auf Linie der Staatsregierung ist. Regierungskritische Meinungen, unbequeme Fakten, echte Fragen der Bürger – alles wird mittlerweile zum Feind erklärt. Ist der Bürger unbequem, ist er plötzlich rechtsextrem.

(Beifall bei der AfD – Arif Taşdelen (SPD): Das sagt der Richtige!)

Artikel 5 des Grundgesetzes, die Meinungsfreiheit, ist für die Staatsregierung scheinbar nur ein nettes Stück Papier, das man zerknüllen kann, wenn es stört. Bürger sollen nicht mehr selbst denken, sie sollen das glauben, was die Mehring-Allianz als Fakt abstempelt. Die gleichen Leute, die die Opposition, unschuldige Bürger oder sogar Elon Musk unter Generalverdacht stellen, haben selbst jahrelang die Unwahrheit gesagt.

Der Laborursprung von Corona in Wuhan war zuerst eine Verschwörungstheorie. Mittlerweile ist bestätigt, dass das Kanzleramt die Einschätzung des Bundesnachrichtendienstes zurückgehalten hat. Die Nebenwirkungen der Impfstoffe wurden heruntergespielt. Es gab Vorwürfe gegen Markus Söder und die Regierung, die von der "Pandemie der Ungeimpften" gesprochen hat. Das Landesamt für Gesundheit hat später auf öffentlichen Druck die Rohdaten veröffentlicht und änderte seine eigene Darstellung. Mit den gebrochenen Wahlkampfversprechungen von Markus Söder zu verschiedenen Themen fange ich jetzt erst einmal nicht an. Das beste Beispiel waren Rückforderungen von Corona-Hilfen, obwohl Hubert Aiwanger und Co. das Gegenteil versprochen haben. Man muss ganz ehrlich sagen: Das war klassische Regierungsdesinformation.

Wenn man sich die Antworten der Staatsregierung auf unsere Anfrage der AfD-Fraktion genauer anschaut, dann darf ich feststellen: In Summe wurden über 717.000 Euro für die Bayern-Allianz ausgegeben. Während die Bürger beim Einkaufen jeden Euro zweimal umdrehen müssen, finanzieren wir hier ein Zensurkartell. Für die eigene Pro-

pagandaseite im Internet "lass-dich-nicht-manipulieren.de" hat die Staatsregierung sage und schreibe 311.000 Euro ausgegeben.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Bei Ihnen hat es offenbar nicht funktioniert, oder?)

Dort präsentiert man neben dem Justiz- und Sozialministerium stolz die Partner. Was wird dort offen beworben? – Meldestellen wie "REspect! im Netz". "REspect! im Netz" ist nichts anderes als eine staatlich geförderte Denunziationsplattform. Jeder linke Aktivist kann mittlerweile regierungskritische Posts als Hass melden. Die Behörden schlagen dann zu: Hausdurchsuchung hier, Hausdurchsuchung da. Die Linken freut es. Die linke Echokammer wird indirekt gepampert und versorgt. Das ist keine Neutralität. Das ist ideologischer Kampf gegen Andersdenkende.

(Beifall bei der AfD)

Diese scheinbar harmlos wirkende Allianz ist ein undemokratisches Kartell aus Politik, Konzernen und NGOs. Sie wollen die Narrative kontrollieren, die Wahrheit definieren und letzten Endes kritische Köpfe zum Schweigen bringen. Der italienische Marxist Antonio Gramsci hat es beschrieben: Erst die Köpfe erobern, dann die Gesellschaft.

(Zuruf der Abgeordneten Stephanie Schuhknecht (GRÜNE))

Deshalb fordern wir mit unserem Antrag: Die Bayern-Allianz muss aufgelöst werden. Sie untergräbt Artikel 5 des Grundgesetzes, die Meinungsfreiheit. Eine Demokratie braucht keine staatlich geförderte Gegenrede und Bündnispartner, die kritische Stimmen zum Schweigen bringen wollen. Wir brauchen eine Allianz für Meinungsfreiheit; denn Bayern ist Freistaat und kein Zensurstaat. Bayern muss frei sein, frei im Denken und frei im Reden. Freiheit statt Zensur – das ist unser Versprechen an die Bürger.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Dr. Mehring hat sich zu einer Zwischenbemerkung aus dem Plenum gemeldet.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Abgeordneter, ich bin der Überzeugung, dass man insbesondere in der Politik nicht immer über jedes Stöckchen springen muss, das einem hingehalten wird. Deshalb gönne ich Ihnen keine Antwort eines bayerischen Staatsministers auf diesen Vortrag. Ich will Ihnen aber als Abgeordneter und insbesondere im Namen von 15 globalen Konzernen, im Namen von 10 Millionen Bayerinnen und Bayern, die von der Kirche über die Bergwacht und den Jugendring bis hin zu den Gewerkschaften Teil dieser gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung sind, im Namen des Verbands Bayerischer Zeitungsverleger, der bayerischen Radiosender, des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens und auch im Namen von wissenschaftlichen Einrichtungen sowie der Bundeswehr und unserer Bayerischen Akademie der Wissenschaften einmal aus der Mitte des Plenums zurufen – auf Bairisch gesagt: So einen Krampf, den Sie hier gerade vorgetragen haben, habe ich schon lange nicht mehr gehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Florian Köhler (AfD): Herr Dr. Mehring, es mag sein, dass das Ihre Meinung ist. Die toleriere und akzeptiere ich. Wenn man sich jedoch in der Gesellschaft umhört, stellt man fest, es haben immer mehr Menschen Angst, offen ihre Meinung zu sagen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Auch wegen der AfD!)

– Wegen der AfD? – Um Gottes willen, das ist doch nicht Ihr Ernst. Jahr für Jahr erleben wir, wie ein konstitutives Grundrecht letzten Endes geschleift wird und die Demokratie schrittweise stirbt.

(Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Ich darf Ihnen wirklich die neueste Ausgabe der "Jungen Freiheit" empfehlen. Dort schreibt Robert Willacker: Die zur kollektiven Psychose gewachsene gesellschaftliche

Meinungsallergie reicht mittlerweile jedoch weit über die Kunst- und Kulturszenen hinaus und hat nach dem Bildungsbereich nun auch die Justiz befallen – und scheinbar auch das Digitalministerium.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Stefan Ebner für die CSU-Fraktion.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Unternehmen Meta hat 4 Milliarden Accounts weltweit. Von diesen 4 Milliarden Accounts werden pro Quartal 1 Milliarde gelöscht, weil es Fake-Accounts sind. Vielleicht kennen Sie eine der größten Desinformationskampagnen der letzten Jahre. Dabei handelt es sich um die sogenannte Doppelgänger-Kampagne. Was ist das? – Das war eine russische Desinformationskampagne, die zum Start der Invasion von Russland in die Ukraine losgetreten worden war. Was steckt dahinter? – Websites sind eins zu eins kopiert worden. Deshalb trägt die Kampagne den Namen Doppelgänger. Auf diesen Websites sind die Websites bekannter Medien nachgebaut worden. Dort sind Informationen veröffentlicht worden, die über Hunderttausende von Fake-Accounts mit Millionen von Posts weiterverbreitet worden sind. Was war das Ziel des Ganzen? – Die Ukraine-Politik der westlichen Staaten zu unterminieren, die Gesellschaft zu spalten, die Demokratie zu schwächen und das Vertrauen der Menschen in den Staat zu reduzieren. Die Kampagne war damals auch auf die Europawahl ausgerichtet. Diese Doppelgänger-Kampagne der Russen ist nur eines von vielen Beispielen, was an dieser Stelle passiert. Jetzt können wir uns die Frage stellen: Lassen wir das einfach so laufen, oder machen wir etwas dagegen? – Die Antwort ist relativ einfach. Der Schaden, der dabei angerichtet wird, ist so enorm, dass man handeln muss.

Unsere Demokratie wird unterminiert und die Gesellschaft wird gespalten, weil sich durch Desinformationen Angst und Sorgen breitmachen. Das führt zu Gewalt. Ich erinnere an die Desinformation, wonach Corona durch 5G verursacht worden sei. Teilweise führt das zu Gesundheitsschäden bis hin zu Selbstmorden. Deshalb sind Fake News nichts Harmloses. Sie zerstören das Vertrauen, sie verzerren Wahlen und können im schlimmsten Fall auch Menschenleben kosten. Selbstverständlich muss der Staat handeln, in vielfältiger Weise. Das ist völlig klar. Die Bayern-Allianz ist ein wichtiger und ein großartiger Baustein in diesen ganzen Bestrebungen.

Worum geht es der Bayern-Allianz in dieser Sache? – Es geht darum, Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, richtige Informationen von Desinformationen zu unterscheiden. Es geht darum, sie für Falschinformationen zu sensibilisieren. Es geht darum, Medienkompetenz zu vermitteln. Es geht auch darum, die Forschung weiterzuentwickeln.

Verwunderlich ist jetzt der Antrag der AfD mit dem Namen "Freiheit statt Zensur: Auflösung der sogenannten Bayern-Allianz". Ausgerechnet Sie, meine Damen und Herren von der AfD, sind der größte Profiteur von Fake News. Sie sind politisch der größte Produzent von Fake News. Das zeigt auch die letzte Kommunalwahl. Sie haben in Ihren eigenen Blasen die Menschen verunsichert, indem Sie ihnen vorgegaukelt haben, dass die Briefwahl unsicher sei, da die Ergebnisse manipuliert würden. Ich weiß nicht, ob Sie sich Ihrer staatspolitischen Verantwortung bewusst sind. Ich weiß nicht, ob Sie sich bewusst sind, welchen Schaden Sie anrichten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sollten sich dafür wirklich schämen. Ich rede gar nicht über diese ganzen manipulierten Bildchen, die in Ihrer Blase entstehen und überall herumgeschickt werden. Das ist nur ein Beispiel des Ganzen.

Sie können kein Interesse an der Bayern-Allianz haben. Das ist völlig klar. Gleichzeitig finde ich es auch ein bisschen dreist, dass ausgerechnet Sie diesen Antrag, den

Sie bereits im letzten Juni im Wirtschaftsausschuss eingebracht haben, jetzt stellen. Das ist so, als würde der Brandstifter sagen: Lassen wir uns mal die Rauchmelder abschrauben.

(Heiterkeit bei der CSU – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sind der Geisterfahrer, der die Warnschilder abnehmen will.

Ich will mir die Mühe machen, Ihren Antrag zu sezieren. Sie bringen in Ihrem Antrag die gesamten Akteure dieser Bayern-Allianz in Misskredit. Um alle Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus abzuholen, will ich Folgendes aus Ihrem Antrag zitieren:

"Undemokratisches Kartell als Gatekeeper der Hegemonie

Die Bayern-Allianz bildet ein verwobenes Konglomerat aus Regierung, Abgeordneten, Techkonzernen, NGOs, Kirchenverbänden und Gewerkschaften. Dieses Netzwerk agiert als Gatekeeper der kulturellen und politischen Hegemonie, wie sie der Marxist Antonio Gramsci beschrieben hat."

Ein netter Versuch, diesem unterkomplexen Antrag einen philosophischen Unterbau zu geben.

(Beifall bei der CSU)

Dafür graben Sie Gramsci aus. Der würde im Grab rotieren, wenn er wüsste, dass er bei Ihnen für diesen Antrag Pate stehen musste.

Und im Antrag steht noch etwas: All jene, die da mitmachen, seien Teil eines gefährlichen Instruments zur Einschränkung der Meinungsfreiheit. – Jetzt sehen wir uns doch einmal an, wen Sie damit meinen und wer sich damit angesprochen fühlen darf: zum Beispiel die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., Unternehmen wie Siemens, IBM, O2, Medienvertreter, die Vereinigung bayerischer Rundfunkanbieter, der Verband Bayerischer Lokalrundfunk, die wir heute alle hier vor Ort haben, oder Verbände.

Ich will es noch einmal sagen: Sie sprechen diese Verbände an, weil sie Teil eines gefährlichen Instruments zur Einschränkung der Meinungsfreiheit seien. Damit meinen Sie beispielsweise den Bayerischen Jugendring, das Bayerische Rote Kreuz, den Feuerwehrverband, den Bayerischen Gemeindetag, den Bayerischen Städtetag, den Bayerischen Landkreistag, den Bayerischen Bezirketag, die Bergwacht usw. Denen sagen Sie bitte auch, dass sie ein gefährliches Instrument gegen die Meinungsfreiheit sind. Seien Sie so ehrlich.

Sie kritisieren mehrere Punkte.

Erstens. Sie unterstellen Zensur, fehlende Objektivität und Einschränkung der Meinungsfreiheit. Fakt ist, es gibt keine staatliche Wahrheitskommission, keine Zensurbehörde und auch kein Wahrheitsministerium, sondern nur das Digitalministerium und das Innenministerium. Alles, was von der Bayern-Allianz unternommen wird, ist transparent auf deren Webseite einsehbar. Die Bayern-Allianz versetzt die Menschen in die Lage, Manipulationsversuche zu durchschauen. Das ist das Entscheidende.

Ihr zweiter Vorwurf ist die Verschwendung von Steuermitteln. 650.000 Euro sind im Haushalt 2025 eingepreist. Damit werden Millionen von Menschen über Workshops, Social Media, Forschung usw. erreicht. Ich glaube schon, dass ein Staat die Verpflichtung hat, kritische Infrastruktur und Informationssicherheit gezielt zu schützen.

Drittens. Sie schreiben, Desinformation erweise sich oft als Wahrheit, und Sie führen Beispiele aus der Corona-Zeit an. Dabei handelt es sich um eine wirklich abstruse Logik, welche die AfD hier ins Feld führt. Weil manche Dinge anfangs falsch eingeschätzt wurden, seien Behauptungen als Desinformation abgetan worden, die letztlich jedoch zur Wahrheitsfindung geführt hätten. Das ist schon eine komische Logik: Je dichter der Nebel, umso besser die Sicht. So hört sich das an. Das ist wirklich eine abenteuerliche Argumentation.

Nein, meine Damen und Herren, Desinformation ist kein Erkenntnisgewinn, sondern Lüge bleibt Lüge und Irreführung bleibt Irreführung.

(Beifall bei der CSU)

Sie reden noch von linken Faktencheckern. Das entbehrt jeder Grundlage. Das ist nichts anderes als der Versuch, jeden Widerspruch gegen Falschbehauptungen als politische Verfolgung zu framen. Das haben Sie gerade wieder exzellent gemacht, indem Sie versuchen, sich in eine Opferrolle zu versetzen.

Die eindeutige Haltung der Fraktionen ist gegeben: Im Ausschuss wurde der Antrag eindeutig abgelehnt. Meine Damen und Herren, man könnte fast den Eindruck gewinnen, Sie als AfD fühlen sich mit der Bayern-Allianz ertappt. Deswegen bitte ich um die Ablehnung dieses Antrags.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich Herrn Abgeordneten Nolte von der AfD-Fraktion das Wort.

Benjamin Nolte (AfD): Herr Dr. Ebner, Sie haben uns gerade unterstellt, wir hätten eine Fake-News-Kampagne im Vorlauf der Kommunalwahl gefahren, um das Vertrauen in die Briefwahl zu erschüttern. Jetzt lese ich gerade einen Artikel aus dem "Münchner Merkur" von heute Morgen. Böse Zungen unterstellen dem "Münchner Merkur", dass er eine gewisse Nähe zur CSU habe. Dem Artikel ist zu entnehmen, dass in Weilheim über 1.000 Bürger die Briefwahlunterlagen doppelt bekommen haben. Können Sie mir erklären, was genau die Bayern-Allianz gegen den "Münchner Merkur" unternehmen möchte?

(Michael Hofmann (CSU): Was hat das damit zu tun? – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich sage es ja: Abstrus! Abstrus!)

Dr. Stefan Ebner (CSU): Lieber Herr Nolte, Sie kramen jetzt irgendetwas heraus, das in Ihr Narrativ hineinpasst. Das ist immer das Gleiche. Sie versuchen, Einzelfälle herauszupicken, machen dann eine Geschichte daraus, um sich in eine Opferrolle zu

begeben. Das ist immer dasselbe Narrativ. Das lassen wir Ihnen auch dieses Mal nicht durchgehen. Das ist Quatsch, und deswegen gibt es nichts Näheres dazu zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Ebner. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stephanie Schuhknecht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir führen heute eine sehr philosophische Diskussion. Ich dachte mir, zu den Zitaten, die wir bisher gehört haben, füge ich noch Adorno hinzu. Der soll gesagt haben:

"Ich fürchte nicht die Rückkehr der Faschisten in der Maske der Faschisten, sondern die Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten".

Ich finde, das hat man heute wieder ganz offen gesehen. In dieser Debatte wird einfach Desinformation für die eigene Klientel betrieben, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich möchte einfach ganz kurz aus diesem Antrag zitieren, weil es so absonderlich und absurd ist. Ich zitiere:

"Es gibt in der Politik keine objektiv ‚richtigen‘ Informationen oder ‚falschen‘ Desinformationen."

Lassen Sie sich diesen Satz einmal kurz durch den Kopf gehen. Es ist wirklich unglaublich, mit welcher Unsachlichkeit hier Themen diskutiert werden, die einfach relevant sind für den Schutz unserer friedlichen und freien Gesellschaft. Ich glaube, es ist uns allen klar, dass Desinformation ein ganz wichtiges Thema ist, das wir gemeinsam angehen müssen. Fake News gehen – wie wir jetzt schon sehr ausführlich

gehört haben – von Rechtsextremen aus, aber auch von staatlichen Akteuren wie Russland und China. Sie sind einfach eine zentrale Gefahr für unsere Demokratie und das Zusammenleben in unserer friedlichen und freien Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Mich wundert es nicht, dass die AfD ein Interesse daran hat, diejenigen Maßnahmen zu stoppen, die ihren eigenen Machenschaften Einhalt gebieten. Ich glaube, wenn wir uns hier umsehen, wundert das auf der demokratischen Seite dieses Hohen Hauses niemanden mehr.

(Zuruf von der AfD: Blablabla!)

Es ist schon alles gesagt: Ihr Geschäftsmodell ist die Spaltung. Das lassen wir nicht zu. Der Antrag ist abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Schuhknecht. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Tobias Beck das Wort.

Tobias Beck (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Antrag zur Auflösung der sogenannten Bayern-Allianz gegen Desinformation. Ich möchte eines zu Beginn gleich klarstellen: Die Kollegen, die vor mir gesprochen haben, Herr Dr. Ebner und Steffi Schuhknecht, haben völlig recht mit ihrer Darstellung. Die Diskussion über Meinungsfreiheit ist keine Nebensache. Sie ist ein Kernbestand unserer demokratischen Ordnung. Gerade deshalb müssen wir bei diesem Thema besonders sorgfältig, differenziert und faktenbasiert argumentieren.

Der vorgelegte Antrag zeichnet das Bild einer Bayern-Allianz als Instrument staatlicher Zensur. Diese Darstellung halten wir für fachlich nicht haltbar. Die Bayern-Allianz

verfolgt nach ihrer Konzeption das Ziel, Bürgerinnen und Bürger für Desinformation zu sensibilisieren und Medienkompetenz zu stärken. Eine staatliche Bewertung einzelner Inhalte oder eine Einschränkung konkreter Meinungsäußerungen ist damit ausdrücklich nicht verbunden. Das ist ein wesentlicher Unterschied, den wir in der Debatte sauber herausarbeiten müssen.

Meinungsfreiheit bedeutet, dass jeder seine Auffassung äußern darf. Sie bedeutet aber nicht, dass wir als Staat ignorieren können, wenn gezielte Desinformation eingesetzt wird, um gesellschaftliche Prozesse zu manipulieren. Wir sehen reale Gefahren: die zunehmende Verbreitung KI-generierter Inhalte, täuschend echte Deepfakes und koordinierte Kampagnen auch aus dem Ausland; Herr Dr. Ebner hat dies bereits angesprochen. Das sind keine theoretischen Szenarien, sondern konkrete Herausforderungen für unsere demokratische Öffentlichkeit. Darauf müssen wir reagieren. Um noch ein Beispiel zu nennen: Heuer im Winter haben wir Bilder aus Russland gesehen, die Schneeverwehungen bis in den 13. Stock zeigen. Das ist Desinformation. Gleichzeitig sehen wir FREIEN WÄHLER uns in der Verantwortung, dies für unsere Bevölkerung auf sichere Weise zuzulassen.

Der Staat darf keine Wahrheitsinstanz sein. Er darf keine inhaltliche Deutungshoheit über gesellschaftliche Debatten beanspruchen. Wenn wir feststellen, dass der Bedarf an Medienkompetenz steigt, dass Desinformation professioneller wird, dann wäre es nur nachvollziehbar, bestehende Strukturen ersatzlos abzuschaffen. Die richtige Antwort ist aus meiner Sicht aber eine andere: Weiterentwicklung statt Abschaffung. Eine wehrhafte Demokratie braucht den Schutz der Meinungsfreiheit und die Fähigkeit, Manipulation zu erkennen und einzuordnen. Diese Balance herzustellen, ist anspruchsvoll, aber notwendig.

Der vorliegende Antrag wird dieser Komplexität nicht gerecht. Er reduziert ein vielschichtiges Thema auf eine pauschale Ablehnung. Deshalb lehnen wir den Antrag ab. Die Bayern-Allianz gegen Desinformation ist funktional und wichtig. Ich glaube, nur so können wir unsere Demokratie schützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Köhler von der AfD hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Beck, ich habe Sie als leidenschaftlichen Digitalpolitiker kennenlernen dürfen und auch als einen solchen erlebt. Laut der Antwort der Staatsregierung auf unsere Anfrage kam heraus, dass rund 311.000 Euro allein für ein Internetportal ausgegeben werden, das kaum Reichweite erzielt. Es ist inhaltlich, na ja, okay. In der Öffentlichkeit kennt es praktisch niemand.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Fabian Mehring)

Gleichzeitig klagt der Digitalminister aber über fehlende Mittel für eine echte Digitalisierung in Verwaltung und Wirtschaft. Ich frage mich: Wie kann man es gegenüber dem Steuerzahler rechtfertigen, dass Hunderttausende Euro in ein offensichtlich wirkungsloses Onlineprojekt fließen, während gleichzeitig zentrale Digitalisierungsaufgaben im Freistaat schlicht und ergreifend liegen bleiben?

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Tobias Beck (FREIE WÄHLER): Das ist, glaube ich, sehr einfach zu beantworten. Es handelt sich nicht nur um eine Website, sondern es hängt noch ein bisschen mehr daran. Wenn man das gut aufbaut, wie das gemacht wird, um Reichweite zu generieren, muss man Geld investieren, weil man nur so Desinformation bekämpfen kann. Einzelne Inhalte oder das Gesamtprojekt der Website stellen meiner Ansicht nach die Investition in Höhe von rund 300.000 Euro nicht infrage. Ich finde es gut, wenn man Geld investiert, um Leute vor Desinformationen zu schützen, und genau das macht dieses Portal.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Martina Fehlner für die SPD-Fraktion.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in einer Zeit, in der sich Informationen in Sekundenschnelle verbreiten lassen. Leider gilt das nicht nur für Fakten, sondern auch für Falschinformationen. Politisch motivierte Desinformation hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Das wissen wir. Viele Menschen kommen jeden Tag mit Inhalten in Kontakt, die nachweislich falsch sind. Oft wird ihr falscher Gehalt nicht erkannt. Gleichzeitig werden Deepfakes immer besser. Täuschend echte Videos lassen sich heute in nur wenigen Minuten erstellen. Diese Entwicklung hat Folgen. Desinformation untergräbt Vertrauen. Sie verzerrt Debatten und kann unsere Gesellschaft spalten. Wenn wir diese Entwicklung ignorieren, dann gefährden wir unsere demokratische Grundhaltung. Deshalb müssen wir handeln.

Ein zentraler Punkt ist Bildung. Schülerinnen und Schüler müssen lernen, Informationen kritisch zu prüfen und auch zu hinterfragen. Sie müssen verstehen, wie Manipulation funktioniert. Angebote wie der Medienführerschein Bayern sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Auch Eltern und Lehrkräfte brauchen Unterstützung.

(Unruhe – Doris Rauscher (SPD): Feueralarm! – Peter Wachler (CSU): Das ist ein Feueralarm! – Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Liebe Kollegin Fehlner, bitte setzen Sie Ihre Rede fort, wir überprüfen, ob das ein Feueralarm ist, der uns betrifft.

(Unruhe)

Martina Fehlner (SPD): Gleichzeitig braucht es Zusammenarbeit. Unterschiedliche Bereiche unserer Gesellschaft haben Wissen und Erfahrung – Schulen, Medienvereine, Plattformen. Wenn dieses Wissen zusammenkommt, entsteht ein echter Mehrwert. Hier setzt die Bayern-Allianz ein. Sie wird nicht alle Probleme lösen – das

wäre eine übertriebene Erwartung; aber sie schafft eine Struktur, in der Akteure zusammenarbeiten. Sie bündelt viele unterschiedliche Maßnahmen und macht Wissen zugänglich. Das Bündnis umfasst mittlerweile 24 Partner aus Politik, Sozialwesen, Bildung, Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaft, Verbraucherschutz und Umwelt- und Einsatzorganisationen. Die Partner der Allianz bringen konkrete Maßnahmen ein: Fortbildungen, Sensibilisierungskampagnen, praxisnahe Materialien und innovative Bildungsangebote. Durch diese breit angelegte Arbeit soll Desinformation präventiv zurückgedrängt und Medienkompetenz nachhaltig gefördert und gestärkt werden. Genau darum geht es. Es geht nicht um Bevormundung, sondern um Befähigung.

(Beifall bei der SPD)

Der Antrag, wenn man ihn ernst nimmt, verlangt nichts weniger, als dass wir uns blind und wehrlos machen gegenüber den Gefahren der Digitalisierung. Es geht bei dem Thema nicht um Symbolpolitik, sondern um die ganz konkrete Frage, wie wir unsere Demokratie im digitalen Zeitalter schützen. Wenn Deepfakes Politikerinnen und Politiker diffamieren, Falschmeldungen Millionen von Menschen erreichen und ausländische Akteure in unserem Land Wahlkämpfe beeinflussen, dann ist es unsere Pflicht, die Demokratie verteidigungsfähig zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Wer allerdings die Bayern-Allianz nicht als Werkzeug zum Schutz der Demokratie, sondern als ein gefährliches Instrument zur Einschränkung der Meinungsfreiheit im Freistaat bezeichnet, der macht deutlich, vor wem die Demokratie und die Meinungsfreiheit tatsächlich geschützt werden müssen. Eine Demokratie, die sich nicht schützt, wird geschwächt – das gilt es zu verhindern. Deshalb lehnen wir den Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. – Zu Ihrer aller Information: Es wird gerade geprüft, ob der Feueralarm auch für diesen Gebäudeteil gilt. Sie erhalten dann eine Information. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint keine Gefahr zu bestehen. Wer sich trotzdem unsicher fühlt, kann draußen einmal nachschauen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint es kein Feueralarm zu sein, der uns betrifft. Falls ich mich korrigieren muss, werde ich das sofort tun.

(Martin Wagle (CSU): Ja bitte! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Danke, das wäre sehr nett! – Heiterkeit)

Zur ersten Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Stephanie Schuhknecht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte sehr.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Liebe Martina, ich habe eigentlich keine Frage an dich, sondern eine klassische Intervention zur Debatte. Gerade kam über die "Deutsche Presse-Agentur" eine Nachricht, dass ein AfD-Mitglied in Mittelfranken sein eigenes Auto angezündet hat und Linke als Verantwortliche beschuldigt hat. Ich denke, das zeigt die Art und Weise, wie die AfD arbeitet. Das wollte ich an dieser Stelle einmal einwerfen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Martina Fehlner (SPD): Danke.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur zweiten Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Köhler von der AfD-Fraktion das Wort.

Florian Köhler (AfD): Frau Kollegin, laut der Antwort der Bayerischen Staatsregierung auf unsere Anfrage wurden über 717.000 Euro ausgegeben. Dies geschah zum Teil nicht über eigene, transparente Haushaltstitel, sondern versteckt über verschiedene, allgemeine Digitalisierungstöpfe wie auch den Innovationsfonds für digitale Leucht-

turmprojekte. Gleichzeitig wurden damit auch Veranstaltungen außerhalb Bayerns, etwa in Berlin, finanziert. Wenn Sie sagen, dass die Arbeit der Bayern-Allianz so wichtig ist und so viel für die Bildung gemacht wird, können Sie den Bürgern dann erklären, warum Steuergelder aus bayerischen Digitalisierungstiteln zweckentfremdet werden, um politische Projekte außerhalb Bayerns zu finanzieren?

Martina Fehlner (SPD): Ihre Aussagen sind von der Meinungsfreiheit gedeckt. Sie können hier jeden Unsinn erzählen. Das halte ich einmal fest. Demokratie betrifft uns alle – nicht nur die Demokratie in Bayern, sondern überall. Jeder Euro, der in die Stärkung der Presse und Meinungsfreiheit, in die Aufklärung und in die Bildung fließt, ist ein bestens angelegter Euro.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Fehlner. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD. Enthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.